

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln
Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln
Gruppe BUNT im Rat der Stadt Köln

An die Vorsitzende des Rates
Frau Oberbürgermeisterin
Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin: 22.03.2019

AN/0412/2019

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	04.04.2019

Köln sagt Nein zum Upload-Filter – Appell gegen Artikel 13 der Urheberrechtsrichtlinie

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die Antragsteller bitten Sie, folgenden Antrag in die Tagesordnung der Sitzung des Rates am 04.04.2019 aufzunehmen:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

1. Der Rat der Stadt Köln spricht sich für ein freies Internet und damit gegen die Zensur – insbesondere mittels sogenannter Upload-Filter-Techniken – von künstlerischen und kreativen Ausdrucksformen sowie Meinungsäußerungen und Nachrichten im Internet aus.
2. Der Rat der Stadt Köln appelliert an die Mandatsträger im Europäischen Parlament, im Bund und im Land NRW sowie an die Landesregierung, sich auf allen politischen Ebenen gegen die derzeit geplante Umsetzung von Art. 13 der „Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt auf EU-Ebene“ einzusetzen. Soweit entsprechende Restriktionen bereits gesetzgeberisch umgesetzt sind, sollen diese rückgängig gemacht werden.
3. Die Oberbürgermeisterin der Stadt Köln wird aufgefordert, im Namen der Stadt Köln die Haltung des Stadtrats zu Artikel 13 der Urheberrechtsrichtlinie gegenüber der Bundesregierung zum Ausdruck zu bringen.

Begründung:

Im Prozess um die Einführung neuer Urheberrechtsregelungen im digitalen Zeitalter kam es in den letzten Wochen zu einer Einigung der Institutionen der EU. In der Folge wird bald das EU-Parlament über den Kompromisstext entscheiden, der Regelungen vorsieht, gegen die sich Netzaktivist*innen und große Teile der Zivilgesellschaft seit einigen Jahren einsetzen. Ein Artikel ist dabei besonders umstritten: Artikel 13, in dem es um die Haftung von Internetplattformen bei Urheberrechtsverletzungen geht. Plattformbetreiber*innen könnten dazu ge-

nötigt werden, sogenannte Upload-Filter zu implementieren. Mithilfe dieser Filter soll schon beim Hochladen von Inhalten geprüft werden, ob gegen Urheberrechte verstoßen wurde. Kritiker*innen weisen insbesondere auf das Problem des Overblockings durch die Filter hin.

Die gegenwärtige Netzkultur lebt von Zitaten, etwa in Form der Memes, in denen alte Inhalte und Ideen durch Veränderung in neue Kontexte gestellt werden. So teilen sich Nutzer*innen im Internet mit und entwickeln ihre Gedanken und Ansichten weiter. Befürchtet wird, dass technische Lösungen des Urheberrechtsproblems nicht ausreichend zwischen eigenen Kreationen und bloßen Raubkopien urheberrechtlich geschützter Werke unterscheiden können. Statt also den Aspekt des Kommentars oder der Neu-Zusammensetzung eines bestehenden Werkes und damit die Kreativität der Nutzer*innen und der Netzkultur zu schützen, würden klassische Akteur*innen auf dem Medienmarkt vor der Kreativität des Internets geschützt. Große Akteure erhielten gegenüber innovativen, kleinen Akteuren wie Start-Ups, für die die technische Umsetzung des neuen Urheberrechts kompliziert und teuer ist, einen gewaltigen Marktvorteil. Die Vision eines frei verfügbaren Wissens, für das etwa die Enzyklopädie Wikipedia steht, würde massiv in Frage gestellt.

Eine weitere Gefahr wird in der prinzipiellen Etablierung eines Zensurinstrumentes innerhalb der europäischen Netzinfrastruktur bzw. ihrer rechtlichen Rahmenbedingungen gesehen. Autoritäre Staaten unterdrücken schon lange mit ähnlichen technischen Mitteln ihre Bevölkerungen, zensurieren die Rede- und Meinungsfreiheit und spüren Kritiker auf, um sie zu inhaftieren – übrigens oftmals mit Technologie aus Europa. Der Schritt, die Mittel des Schutzes der Urheberrechte zu innenpolitischen Zwecken umzufunktionieren, wäre nach Einführung der Upload-Filter nicht mehr groß.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Dr. Barbara Lübbecke
SPD-Fraktionsgeschäftsführerin

gez. Michael Weisenstein
LINKE-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Thomas Hegenbarth
Sprecher Ratsgruppe BUNT